

AzweiO: Ausschuss gegen neue Satzung

Änderung mehrheitlich abgelehnt

VON ELINA HOEPKEN

Achim. Auf dem Papier klang es wie eine reine Formsache: In der Sitzung des Ausschusses für Organisation, Finanzen und Personal sollte am Donnerstagabend auch die Satzungsänderung für die mit Oyten und Ottersberg gemeinsam ins Leben gerufene Gesellschaft „AzweiO“ beschlossen werden. Diese ist nach Angaben der Verwaltung nötig geworden, da „die aktuellen Aktivitäten der AzweiO sich durch die Teilnahme an einem Projekt, dem vom Land Niedersachsen gestarteten Förderprogramm ‚Zukunftsräume Niedersachsen‘, erweitert haben“.

Wie berichtet, ist die Gesellschaft in diesem Jahr mit ihrem Förderprojekt Mobilitätsregion gestartet. „Der ursprüngliche Satzungszweck – nämlich die Gemeinsamkeiten im Bereich der Ver- und Entsorgungsstrukturen zu nutzen und dabei die erneuerbaren Energien im Blick zu haben – ist weiterhin enthalten“, berichtete der Erste Stadtrat Bernd Kettenburg. Er solle nun aber erweitert werden. „Bei dem Projekt ‚Mobilitätsregion AzweiO‘ handelt es sich in erster Linie um die Verknüpfung unserer drei Kommunen auf dem Gebiet der Fahrradmobilität. Das entspricht im weiteren Sinne natürlich durch die CO₂-Einsparung auch dem Klimaschutz und damit dem Grundgedanken der Gründung der AzweiO, aber der Oberbegriff, dem dieses Projekt zuzuordnen ist, ist doch die ‚Mobilität‘“, begründet die Verwaltung den Schritt. Um auch weiterhin rechtssicher agieren zu können, solle daher eine Änderungssatzung aufgestellt werden, in der dieses Ziel zusätzlich zu den bereits vereinbarten Zielen mit aufgenommen werden soll.

Zur reinen Formsache geriet die Abstimmung über die Satzungsänderung dann aber doch nicht. Denn CDU, FDP und WGA stellten sich quer und brachten erneut ihre grundsätzliche Skepsis gegenüber der Gesellschaft ins Feld. „Wir hätten uns eher vorstellen können, dass die Gesellschaft aufgelöst wird“, sagte etwa Isabel Gottschewsky (CDU). „Wir denken, das Personal wäre in der Wirtschaftsförderung besser untergebracht.“ Und auch die WGA äußerte sich kritisch. „Wir sehen da nicht den richtigen Ansatz“, begründete Wolfgang Heckel seine Ablehnung. Mit fünf zu vier Stimmung wurde die Satzungsänderung schließlich mehrheitlich abgelehnt.